



## **N i e d e r s c h r i f t**

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des  
Bildungsausschusses am 25.11.2021**

***öffentlich***

---

**Ort:** Kulturtreff  
Am Stadion 6  
06122 Halle (Saale)

**Zeit:** 17:03 Uhr bis 18:08 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnehmerverzeichnis

## **Anwesend waren:**

### **Mitglieder**

Claudia Schmidt	Ausschussvorsitzende CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Hendrik Lange	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Stefanie Mackies	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) Teilnahme ab 17.10 Uhr
Dr. Ulrike Wünscher	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Inés Brock	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Vertreterin für Herrn Dr. Lochmann
Melanie Ranft	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Carsten Heym	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Dörte Jacobi	Fraktion MitBürger & Die PARTEI Vertreterin für Herrn Sondermann
Eric Eigendorf	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) Vertreter für Frau Dr. Burkert
Torsten Schaper	Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von Halle (Saale)
Andreas Hemming	Sachkundiger Einwohner
Friedrich Lemberg	Sachkundiger Einwohner
Torsten Schiedung	Sachkundiger Einwohner
Cathleen Stahs	Sachkundige Einwohnerin

### **Verwaltung**

Katharina Brederlow	Beigeordnete für Bildung & Soziales
Dr. Heike Schaarschmidt	Referentin für Bildung & Soziales
Alexander Frolow	Leiter Fachbereich Bildung
Martin Heinz	Leiter Fachbereich Immobilien
Dr. Christine Radig	Leiterin Abteilung Schule
Beate Erfurth	Kitafachplanerin
Christin Blaßfeld	Stellvertretende Protokollführerin

### **Gast**

Ingo Michalak	Stadtsporbund
---------------	---------------

## **Entschuldigt fehlten:**

Dr. Mario Lochmann	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Hans-Dieter Sondermann	Fraktion MitBürger & Die PARTEI
Andreas Schachtschneider	Fraktion Hauptsache Halle & Freie Wähler
Dr. Silke Burkert	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Ada-Merve Grießer	Schülerrat der Stadt Halle (Saale)
Cordula Henke	Sachkundige Einwohnerin
Daniel Rumpold	Sachkundiger Einwohner
André Scherer	Sachkundiger Einwohner
Andreas Slowig	Sachkundiger Einwohner

## zu **Einwohnerfragestunde**

---

Es gab keine Einwohnerfragen.

## zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

---

Die Ausschussvorsitzende, **Frau Schmidt**, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit des Bildungsausschusses fest.

## zu 2 **Feststellung der Tagesordnung**

---

Es gab keine Wortmeldungen zur Tagesordnung, sodass **Frau Schmidt** um Abstimmung bat.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt**

Es wurde folgende Tagesordnung festgestellt:

2. Feststellung der Tagesordnung
3. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift
  - 3.1. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 05.10.2021
  - 3.2. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 02.11.2021
4. Beschlussvorlagen
  - 4.1. Jugendhilfeplanung gemäß § 80 SGB VIII - Teilplanung Bedarfs- und Entwicklungsplanung Kindertagesbetreuung in der Stadt Halle (Saale) vom 01.01.2022 bis 31.12.2024  
Vorlage: VII/2021/02960
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
  - 5.1. Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Sicherstellung der Sportabzeichentage 2022  
Vorlage: VII/2021/03191
6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
  - 6.1. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Ausweichstandort Ottostraße 25  
Vorlage: VII/2021/03348
7. Mitteilungen

8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen
10. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift
- 10.1. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 02.11.2021
11. Beschlussvorlagen
12. Anträge von Fraktionen und Stadträten
13. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
14. Mitteilungen
15. Beantwortung von mündlichen Anfragen
16. Anregungen

**zu 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift**

---

**zu 3.1 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 05.10.2021**

---

Es gab keine Einwendungen gegen die Niederschrift vom 05.10.2021.

**Abstimmungsergebnis: bestätigt**

**zu 3.2 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 02.11.2021**

---

Es gab keine Einwendungen gegen die Niederschrift vom 02.11.2021.

**Abstimmungsergebnis: bestätigt**

## zu 4      **Beschlussvorlagen**

---

### zu 4.1      **Jugendhilfeplanung gemäß § 80 SGB VIII - Teilplanung Bedarfs- und Entwicklungsplanung Kindertagesbetreuung in der Stadt Halle (Saale) vom 01.01.2022 bis 31.12.2024** **Vorlage: VII/2021/02960**

---

**Frau Erfurth** führte anhand einer Präsentation in die Beschlussvorlage ein.

**Herr Scherer** bezog sich auf die Anlaufstelle für Eltern, die keinen Einrichtungsplatz gefunden haben. Er fragte, in welchem Umfang dieses Angebot angenommen wird und in welchem Zeitraum und mit welchem Erfolg die Fälle abgearbeitet werden.

**Herr Frolow** sagte, dass für alle Fälle, die bei der Bearbeiterin, Frau Tendler, eingehen, eine Lösung gefunden wird. konkrete Zahlen konnten nicht benannt werden.

**Herr Scherer** bat um Darlegung der Fallzahlen bei den nächsten Beratungen zu dieser Thematik. Er bezog sich im Weiteren auf Kinder, die einen Integrativplatz beanspruchen können, und fragte, wie die Auslastung dieser Plätze eingeschätzt wird und welche Lösungen seitens der Verwaltung in Betracht gezogen werden.

**Frau Erfurth** sagte, dass die integrativen Kinder in den normalen Kindertagesstätten Plätze erhalten, jedoch ein Mehrbedarf für schwerstmehrfachbehinderte Kinder besteht. Für diese gibt es im Stadtgebiet zu wenig Betreuungsplätze. Als zukünftige Maßnahme benannte sie eine Baumaßnahme (siehe Tabelle auf Seite 26), durch die fünf Plätze für schwerstmehrfachbehinderte Kinder entstehen sollen, um den Bedarf zu decken.

**Herr Schiedung** bezog sich auf die Hortbetreuung für Förderschüler bis 14 Jahre und fragte, wie die Stadtverwaltung die aktuelle Situation bewertet, dass diese bis 14 Jahre auch schulnah betreut werden können, und wie die zukünftige Entwicklung dahingehend aussieht.

**Frau Erfurth** sagte, dass die Nachfrage bei den Förderschülern gegeben ist und die Kapazitäten in den beiden bestehenden Förderschulhorten kürzlich entsprechend angepasst wurden. Der gesamte Bedarf kann dadurch jedoch nicht gedeckt werden, sodass an dieser Stelle künftig Maßnahmen ergriffen werden müssen.

**Frau Schmidt** bezog sich auf die Betreuung der Kinder ab drei Jahren bis zum Schuleintritt und die dargestellte Auslastung der Einrichtungen. Sie griff die erwähnte Betreuungsquote der Kinder mit Migrationshintergrund auf, die verhältnismäßig gering erscheint, da diese Kinder erst viel später in die Betreuung gegeben werden. Sie fragte, wie diese Quote erhöht werden soll und wie die Bedarfe gedeckt werden können.

**Frau Erfurth** sagte, dass es die Idee gibt, Betreuungsgruppen ab drei Jahren einzurichten. Dieses Angebot wurde in einer Einrichtung bereits umgesetzt und sehr gut angenommen. Weitere Träger sind zudem angehalten, dies auch für ihre Einrichtungen zu prüfen.

**Frau Ranft** bezog sich auf die Bevölkerungsprognose und die dargestellte Abweichung zwischen Sachsen-Anhalt und Halle (Saale). Sie fragte, ob auch andere Prognosen zur Überprüfung dieser Altersgruppen herangezogen wurden. Weiterhin bezog sie sich auf die Nutzung von Hortplätzen für Kita-Kinder und bat um Schilderung der Umsetzungsmöglichkeiten.

**Frau Erfurth** sagte, dass die 7. regionalisierte Bevölkerungsprognose im Juni 2021 veröffentlicht wurde und diese konkret die Entwicklungszahlen für die Stadt Halle (Saale) abbildet. Sie erklärte, dass die aktuellen Bevölkerungszahlen und die Prognose für 2021 gleichauf liegen und diese nicht von den Ist-Zahlen abweicht.

Bezüglich der Nutzung von Hortplätzen für Kita-Kinder wies sie darauf hin, dass ein Träger ein Konzept dazu entwickelt hat. Dieses richtet sich an Kinder im Vorschulalter, die einen Migrationshintergrund haben und Deutschkenntnisse brauchen, um den Schulerfolg sicherstellen zu können. Aufgrund dieser Zielgruppe ist es erforderlich, dass auch Eltern in den Prozess eingebunden werden. Dies soll zunächst erprobt werden, danach wird ein entsprechender Bericht erfolgen.

**Frau Ranft** fragte, ob es sich dabei um eine neue Kita handelt oder dieses Konzept auf vorhandene Kitas übertragen werden kann.

**Frau Erfurth** sagte, dass es sich dabei um einen Hort mit einer Art Vorschule handelt.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, bat **Frau Schmidt** um Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig zugestimmt

**Beschlussempfehlung:**

1. Der Stadtrat beschließt den Bedarfs- und Entwicklungsplan Kindertagesbetreuung als Teilplanung der Jugendhilfeplanung gemäß § 80 SGB VIII für den Zeitraum vom 01.01.2022 bis 31.12.2024. (Anlage 1)
2. Der Stadtrat beschließt die gesetzliche Förderung gemäß § 11a KiFöG der im Bedarfs- und Entwicklungsplan ausgewiesenen Kindertageseinrichtungen und stellt die Finanzierung im Haushalt 2022, 2023 und 2024 sicher. (Anlagen 2a und 2b)

## **zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten**

---

### **zu 5.1 Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Sicherstellung der Sportabzeigentage 2022 Vorlage: VII/2021/03191**

---

**Frau Schmidt** beantragte zunächst das Rederecht für Herrn Michalak vom Stadtsportbund

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig zugestimmt

**Frau Schmidt** führte in den Antrag ein und übergab das Wort an **Herrn Michalak**, der die Problematik der Schülertransporte darstellte.

**Herr Michalak** sagte, dass der Stadtsportbund die Sportabzeigentage durchführt, seit 2015 mit dem SV Halle als Organisator. Seit Beginn der Corona Pandemie gestaltete sich die Umsetzung schwierig. In den Jahren 2020 und 2021 ist die Veranstaltung ausgefallen. Im Jahr 2022 ist die Durchführung der Sportabzeigentage mit 35 Schulen und ca. 6.500 Kindern in der Brandbergehalle und im Stadion Halle Neustadt geplant. Hierfür werden Sondertransporte der Kinder zu den Veranstaltungsorten für etwa 20 Schulen benötigt.

**Frau Ranft** zeigte auf, dass jeder Schule Fahrkarten zur Verfügung gestellt werden und somit der ÖPNV genutzt werden kann. Sie verwies auf die hohen Kosten für Sondertransporte und regte an, dass die Schulen sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten selbst organisieren.

**Herr Michalak** sagte, dass die Umsetzung der Schülertransporte mit dem ÖPNV nicht reibungslos umsetzbar ist und die Veranstaltung einen bestimmten Zeitrahmen hat, der keine zeitlichen Verschiebungen zulässt.

**Frau Brederlow** wies darauf hin, dass die Kosten vom Schülerbeförderungsbudget nicht gedeckt werden.

**Frau Dr. Radig** sagte, dass der ÖPNV auch für den Schülertransport zu anderen außerschulischen Sportstätten genutzt wird, z. B. für das Schulschwimmen, und dort keine Probleme bestehen. Sie verwies darauf, dass es sich hierbei um eine freiwillige Leistung handelt, die mit dem Haushaltsbudget nicht abgedeckt werden kann. Sollten jedoch mehr Fahrkarten benötigt werden, kann dies organisiert werden.

**Herr Lembert** gab zu bedenken, dass der ÖPNV mit der Anzahl der SchülerInnen überlastet werden könnte und die Anfahrtswege aus weiter entfernten Stadtteilen mit dem ÖPNV zu lang sind, um pünktlich an der Veranstaltung teilzunehmen.

**Frau Ranft** sagte, dass auch speziell geschulte Lehrkräfte das Sportabzeichen abnehmen können und regte an, dass die Schulen dies im Rahmen eines Sportfestes realisieren können.

**Herr Eigendorf** bat um Darstellung der finanziellen Auswirkungen, die der Schülertransport mit sich bringt, und fragte, wie die Kostendeckung erfolgen soll.

**Frau Brederlow** sagte zu, die Kostenaufstellung der Vorjahre bis zur nächsten Sitzung des Sportausschusses nachzureichen.

**Frau Schmidt** sagte, dass nicht jeder Sportlehrer das Sportabzeichen abnehmen darf und verwies auf die notwendige Ausstattung der Turnhallen, die nicht überall gegeben ist.

**Herr Heym** bat um Benennung der betroffenen Schulen und die Aufschlüsselung des dafür notwendigen Personals.

**Frau Dr. Brock** fragte, ob die Schülertransporte bis 2019 durch die Stadt organisiert und finanziert wurden und wie dies gelöst wurde.

**Herr Michalak** sagte, dass dieses Angebot seit den 90er Jahren bis 2019 bestand und dies immer durch die Stadtverwaltung realisiert werden konnte.

**Frau Dr. Radig** sagte, dass die Pflichtleistungen und die freiwilligen Leistungen seit 2020 aus haushaltsrechtlicher Sicht genauer betrachtet werden mussten. In den beiden vergangenen Jahren haben sich die Kosten für den Schülertransport zu den Ausweichstandorten derart erhöht, dass diese momentan nicht durch die Stadtverwaltung finanzierbar sind.

**Herr Lange** fragte, ob der Stadtrat beschlossen hat, diese Schülertransporte als Leistung aus dem Haushalt herauszunehmen.

**Frau Brederlow** sagte, dass dies intern im Rahmen des vorgegebenen Budgets des Geschäftsbereiches festgelegt wurde, um die Pflichtaufgaben erfüllen zu können.

**Frau Schmidt** vertagte den Antrag ihrer Fraktion, damit die offenen Fragen geklärt werden können.

**Abstimmungsergebnis:**                      **vertagt**

**Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat bekennt sich zu den Anliegen, die der DOSB und der Landessportbund Sachsen-Anhalt mit der Verleihung des „Deutschen Sportabzeichen“ als höchste Auszeichnung außerhalb des Wettkampfsports verbinden. Wir halten deshalb nach der pandemiebedingten zweijährigen Unterbrechung die organisatorische und finanzielle Sicherstellung der Sportabzeigentage 2022 für ein prioritäres Anliegen. Die Stadtverwaltung wird deshalb aufgefordert, im Zusammenwirken mit dem Stadtsportbund die dafür erforderliche Bereitstellung geeigneter Sportstätten und die Finanzierung unkomplizierter Schülertransporte zu den Austragungsorten sicher zu stellen.

---

**zu 6            schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten**

---

**zu 6.1        Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Ausweichstandort  
Ottostraße 25  
Vorlage: VII/2021/03348**

---

Die vorliegende Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

---

**zu 7            Mitteilungen**

---

**zu 7.1        Information zum Gesprächstermin mit der Bildungsministerin**

---

**Frau Brederlow** berichtete von einem Gesprächstermin mit der Bildungsministerin des Landes Sachsen-Anhalt, Frau Eva Feußner. Dabei wurde u. a. die Schulentwicklungsplanung thematisiert. Es wurde vereinbart, den Beschlusspunkt zum Südstadtgymnasium und Lyonel-Feininger-Gymnasium aus der Beschlussvorlage herauszunehmen. Die Beschlussvorlage wird in der kommenden Sitzung des Bildungsausschusses vorgelegt.

---

**zu 8            Beantwortung von mündlichen Anfragen**

---

**zu 8.1        Herr Eigendorf zum Sachstand der Prüfung von Luftfilteranlagen und CO<sup>2</sup>-  
Ampeln**

---

**Herr Eigendorf** bat um Mitteilung zum Sachstand der Prüfung von Luftfilteranlagen und CO<sup>2</sup>-Ampeln.

**Herr Heinz** sagte, dass die Installation der CO<sup>2</sup>-Ampeln voraussichtlich bis Dezember erfolgen wird. Die Erfahrungen der Lehrkräfte zeigen, dass die Melder etwa alle 20 Minuten anschlagen und ein Durchlüften notwendig wird. Dies entspricht in etwa den Empfehlungen des Landesschulamtes einmal in der Pause und einmal während des Unterrichtes zu lüften. Bezüglich der Luftfilteranlagen sagte er, dass in der Grundschule Kastanienallee ein Versuch unternommen wurde mit zwei Modellen: mit einem großen Lüfter und mit mehreren kleinen Lüftern. Die Erfahrungen waren positiv, insbesondere bei dem großen Lüfter. Die Geräuschentwicklung war aushaltbar und die Geräte somit tauglich. Er wies darauf hin, dass lediglich Klassenräume der Kategorie zwei förderfähig sind und dies nur auf wenige Einzelzimmer im Stadtgebiet zutrifft, die bereits mit solchen Lüftern ausgestattet wurden. Sollte dies für alle Klassenräume realisiert werden, entstehen Kosten in einem siebenstelligen Bereich zuzüglich der Wartungskosten.

## **zu 8.2 Herr Lembert zu Corona Impfnachweisen und Testmöglichkeiten an Schulen**

---

**Herr Lembert** fragte, ob auch Hausmeister und SchulsekretärInnen täglich Tests vorzeigen müssen, wenn sie nicht geimpft sind, und ob diese MitarbeiterInnen auch drei Tests von der Schule erhalten, wie es bei den Lehrkräften gehandhabt wird.

**Frau Dr. Radig** sagte, dass die Regeln analog zu denen der Lehrkräfte gelten: Testpflicht für diejenigen, die nicht geimpft oder genesen sind und es werden wöchentlich drei Tests durch die Schule zur Verfügung gestellt.

## **zu 8.3 Herr Lembert zu pandemiebedingten Schulschließungen**

---

**Herr Lembert** fragte, ob die Stadtverwaltungen Schulschließungen bis Ende des Jahres ausschließen kann und bat um Mitteilung, zu welchem Zeitpunkt über Schulschließungen nachgedacht werden kann.

**Frau Brederlow** sagte, dass die Eindämmungsverordnung des Landes keine kompletten Schulschließungen vorsieht und in letzter Zeit nur einzelnen Klassen geschlossen wurden, wenn das Corona-Aufkommen zu hoch wurde und die Schule darum gebeten hat.

## **zu 8.4 Herr Lange zu Luftfilteranlagen**

---

**Herr Lange** bezog sich auf das indirekte Querlüften und eine damit verbundene Aussage der Bildungsministerin des Landes Sachsen-Anhalt, aus der hervorgeht, dass das Lüften über die Flure kein direktes Querlüften darstellt. Er fragte, ob dies mit den Fördermittelgebern erörtert wurde.

**Herr Heinz** sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

## **zu 8.5 Herr Lange zur Glaucha-Schule**

---

**Herr Lange** bezog sich auf die Schüsse auf die Glaucha-Schule und fragte, ob die Scheiben des Gebäudes bereits gewechselt wurden.

Herr Heinz sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

#### **zu 8.6 Frau Jacobi zu Stellenbesetzungsverfahren bei SchulsekretärInnen**

---

**Frau Jacobi** bezog sich auf eine Frage im Rahmen der Haushaltsberatungen zum Stellenplan. Sie fragte, wie lange die Stellenausschreibungen veröffentlicht wurden und bis wann die Stellen besetzt werden.

**Frau Dr. Radig** sagte, dass 70 Bewerbungen eingegangen sind, die derzeit geprüft werden. es ist absehbar, dass das Auswahlverfahren im Januar 2022 abgeschlossen sein wird, sodass eine Stellenbesetzung im Frühjahr erfolgen wird.

#### **zu 9 Anregungen**

---

##### **zu 9.1 Herr Heym zu pandemiebedingten Schulschließungen**

---

**Herr Heym** regte an, bei der Abwägung zur Entscheidung über Schulschließungen die mittel- und langfristigen Auswirkungen auf die Kinder und Jugendlichen mit einfließen zu lassen, um so wenig wie möglich Einschränkungen vorzunehmen.

##### **zu 9.2 Frau Schmidt zur Sitzung des Bildungsausschusses am 04.01.2022**

---

**Frau Schmidt** regte an, die Sitzung vom 04.01.2022 zu verschieben, da ansonsten die Beschlussfähigkeit nicht gewährleistet werden kann.

Die Ausschussmitglieder einigten sich auf Freitag, den 14.01.2022 um 16.00 Uhr.

Die notwendigen Rahmenbedingungen werden vom Team Ratsangelegenheiten geprüft.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, beendete **Frau Schmidt** den öffentlichen Teil der Sitzung und bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

---

Claudia Schmidt  
Ausschussvorsitzende

---

Christin Blaßfeld  
Stellvertretende Protokollführerin